

Beglaubigter Beschlussauszug

öffentliche/~~nichtöffentliche~~ Sitzung des Rates der Gemeinde Bestwig vom
19.12.2018

Top 10 Entwurf der Haushaltssatzung der Gemeinde Bestwig mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2019 und Vierte Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2019

Zur Beratung und Entscheidung gelangt der Sachverhalt gemäß Verw.-Vorlage Nr. 064/2018, 071/2018 und 084/2018.

Bürgermeister Ralf Péus verweist zunächst auf die o.g. Verw.-Vorlagen. Der Entwurf der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen wurde am 21.11.2018 eingebracht und in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 05.12.2018 – nach Vorstellung in einer gemeinsamen Sitzung der Mitglieder des Rates / der Ausschüsse am 23.11.2018 – beraten.

Die zur heutigen Sitzung vorgelegte 1. Veränderungsliste 2019 enthält die Aktualisierung der Kreis- und Jugendamtsumlage gemäß Beschluss des Kreistages am 14.12.2018, die Anpassung der Ansätze für die Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer aufgrund der Regionalisierung der November-Steuerschätzung sowie der Allgemeinen Investitionspauschale aufgrund der 1. Modellrechnung zum GFG 2019. Weiterhin wurden die Vorschläge der CDU-Fraktion aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 05.12.2018 eingearbeitet.

Sodann erteilt der Bürgermeister Ralf Péus dem **Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion, Ratsmitglied Winfried Gerold**, das Wort. Dieser hält folgende Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,

bevor ich zum Haushalt 2019 komme, muss ich zum besseren Verständnis einen kurzen Blick auf die letzten beiden Jahre richten. In 2017 hatten wir ein Jahr mit Gewerbesteuerereinnahmen in für Bestwig bisher nicht bekannter Höhe. Die Ausgleichsrücklage konnte nach Jahren der Reduzierung mit mehr als 3 Mio. € wieder gefüllt werden. Auch für 2018 zeichnet sich entgegen der Erwartungen ein positives Ergebnis mit einem Plus von immerhin noch 600.000 € ab, welches ebenfalls unserer Ausgleichsrücklage zu Gute kommt. Damit kann ein Teil der in den Vorjahren angefallenen Defizite wieder ausgeglichen werden. Somit haben wir derzeit auch eine Kassenlage mit einem Polster, welches uns ohne Inanspruchnahme von Kassenkrediten eine derzeit gute Liquidität beschert. Das unterscheidet uns von vielen Kommunen in NRW, die ihre laufenden Ausgaben wie die Personalausgaben nicht ohne immer neue Kassenkredite bezahlen können und inzwischen kaum noch handlungsfähig sind, und das in konjunkturell guten Zeiten wie diesen.

Vor uns liegt ein Haushalts-Entwurf mit einem Minus im Ergebnisplan von 2,1 Mio. €. Die Gründe für dieses Defizit sind systembedingt überwiegend auf die sehr guten Gewerbesteuerereinnahmen im Jahr 2017 zurückzuführen. Für den Laien recht

merkwürdig, beruht dieser Umstand auf der Systematik der Kommunalfinanzierung, bei denen Gemeinden mit höherer Steuerkraft, also guten eigenen Einnahmen wie zum Beispiel der Gewerbesteuer, im Folgejahr weniger aus der Ausgleichsmasse des Landes erhalten. Dabei handelt es sich um die Schlüsselzuweisungen, die in unserem Fall in 2019 gar gänzlich wegfallen. Das allein bedeutet für Bestwig Mindereinnahmen von mehr als 1,2 Mio. €.

Damit jedoch nicht genug: Durch die im Referenzzeitraum gestiegene Steuerkraft erhöht sich gleichzeitig die Berechnungsgrundlage für die Kreis- und Jugendamtsumlage, was für Bestwig trotz Reduzierung der Umlagesätze durch den Hochsauerlandkreis Mehrkosten von mehr als 350.000 € bedeuten. Insgesamt handelt es sich um Mindereinnahmen bzw. Mehrkosten von mehr als 1,5 Mio. €, die durch zusätzliche Einsparungen im Haushalt 2019 nicht aufzufangen sind. Die Gewerbesteuer ist bei aller Freude über die Höhe in 2017 und auch 2018 sehr abhängig von unternehmerischen Entscheidungen und der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und damit nur sehr schwer zu kalkulieren.

Bei Sanierungen und Investitionen zur Substanzerhaltung zu kürzen wäre bei aller gebotenen Sparsamkeit aus unserer Sicht jedoch kontraproduktiv. Wir sollten unsere gemeindlichen Einrichtungen daher nicht auf Verschleiß fahren, wie dies uns schlechte Beispiele bei Autobahnbrücken oder bei der Bahn alltäglich vor Augen führen. Das haben Rat und Verwaltung in Bestwig jedoch bereits weit vor diesen katastrophalen Entwicklungen erkannt und unsere Grundschulen, Sporthallen, Feuerwehr und sonstigen Einrichtungen mit energetischen und Modernisierungsmaßnahmen auf einen zweckmäßigen Stand gebracht. Fertig wird man mit dieser Aufgabe naturgemäß nie, daher gestatten Sie mir zu einigen ausgewählten Maßnahmen noch einige Anmerkungen und Erläuterungen:

Unsere drei Grundschulen sind wie erwähnt baulich auf einem guten Stand, weitere Investitionen werden jetzt durch die Digitalisierung des Schulbetriebes mit Glasfaseranschlüssen und interaktiven Tafeln notwendig und stehen mit fast 160.000 € folgerichtig auch im Haushaltsentwurf.

Das Schulzentrum ist unser aktuell größtes Modernisierungsprojekt mit dem Ziel, optimale Bedingungen für die Sekundarschule zu schaffen. Mit dem Auslaufen der Haupt- und Realschule werden zukünftig bei einem idealen Raumangebot optimale Differenzierungsbedingungen und damit ideale Fördermöglichkeiten für leistungsstarke wie auch leistungsschwächere Schülerinnen und Schülern geboten. Ein Raumangebot mit 2,5 Räumen pro Klassen gibt es im weiten Umkreis bei keiner anderen Sekundarschule. Standard sind nur 1,5 Räume. Neben der Sanierung der Sanitäranlagen kosten der fällige Austausch der Fenster und die Erneuerung der Beschattungsanlagen bei einem Gebäude dieser Größe sehr viel Geld. Neben den Landeszuschüssen über das Programm „Gute Schule 2020“ werden bei den hohen Kosten für die Digitalisierung und Inklusion trotz Fördermitteln noch erhebliche Eigenanteile zu schultern sein.

Ein Risiko darf aber in diesem Zusammenhang nicht verschwiegen werden. Allein aufgrund der demografischen Entwicklung gehen die Schülerzahlen weiter zurück, in Bestwig genau wie in Olsberg, dem Hauptstandort der Sekundarschule. Gehen in Bestwig oder in Olsberg die Schülerzahlen unter die geforderten Mindestklassenstärken zurück, würde der Standort Bestwig zuerst geschlossen. Daher haben wir eine Bitte zur Sicherung der Zukunft eines Schulangebotes für die Sekundarstufe 1 in Bestwig:

Diese ist an die Eltern der Grundschul Kinder gerichtet: Schauen sie sich die Sekundarschule an und überzeugen Sie sich von den Voraussetzungen, wie sie ihren Kindern in Bestwig geboten werden, bevor Sie ihre Kinder an Schulen in Nachbarkommunen anmelden.

Die Feuerwehr ist, zumindest solange ich das als Kommunalpolitiker verfolgen

konnte, immer zweckmäßig ausgestattet worden. Die für 2019 vorgesehenen Investitionen für Ausstattungsgegenstände, einer neuen Einsatz-Software und der Erweiterung der Garage am Gerätehaus in Bestwig mit 160.000 € sind genauso nennenswert wie 155.000 € für die Anschaffung eines neuen MLF-Fahrzeug (Mittlerem Löschfahrzeug) für die Löschgruppe Nuttlar. Mit der Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans, der heute eingebracht wird, und den daraus resultierenden Anforderungen werden wir uns nach der Weihnachtspause in den Fraktionen beschäftigen.

Die für 2018 veranschlagten Summen für die Gemeindeanteile der LEADER-Projekte Plästerlegge und Stellwerk konnten bisher nicht realisiert werden: Bei der Aussichtsplattform Plästerlegge sind Naturschutz- und Eigentümerfragen noch nicht geklärt, beim Nutzungskonzept für das Stellwerk warten wir noch auf weitere Vorschläge für sinnvolle Nutzungsmöglichkeiten von der Fachhochschule Südwestfalen. Die veranschlagten Summen sollen daher zusammen mit dem möglichen neuen LEADER-Projekt „Outdoor FitnessPark“ zu einer Sammelposition zusammengefasst werden. Für die Verwirklichung jeder der Maßnahmen sollte der Rat bei Beschlussreife dann eine separate Entscheidung treffen.

Stichwort Mobilität: Das Fahrrad wird als Verkehrsmittel rund um die Themen Energiewende, Stickoxide und Verkehrsinfarkt inzwischen auch in den höchsten politischen Kreisen registriert. Hier sollten wir in der Gemeinde dafür sorgen, dass die Sicherheit für Radfahrer erhöht wird. Durch Fertigstellung der Autobahn tun sich hier neue Spielräume auf, die wir auch nutzen sollten. Von Radwegen profitieren nicht nur Touristen, sondern genauso die heimische Bevölkerung. Die Sauerländer Berge haben durch das inzwischen weit verbreitete E-Bike längst ihre Schrecken verloren und immer mehr Menschen nutzen das Rad als alltägliches Verkehrsmittel. Die CDU-Fraktion möchte hierfür die Voraussetzungen weiter verbessern und 20.000 € zusätzlich für abschließbare Fahrradboxen am Bahnhof bereitstellen. Auch am Besucherbergwerk in Ramsbeck sollte der Bedarf geprüft werden, damit hochwertige Räder, bei Touristen auch meist mit Gepäck beladen, sicher abgestellt werden können. Also ein Angebot für Pendler wie Touristen gleichermaßen. Wir bitten die Verwaltung, hier das für uns beste Förderprogramm zu ermitteln und geeignete Standorte und Fahrradboxen zu ermitteln. Auch die Bahn kann die Planung unterstützen und stellt an vielen anderen Bahnhöfen bereits heute kostenlos Flächen für diesen Zweck zur Verfügung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zu einem weiteren wichtigen Thema, dem Breitbandausbau.

Es geht vorwärts, wenngleich wir aus meiner Sicht im Vergleich zur technologischen Entwicklung nicht standhalten. Positiv hervorzuheben ist dabei jedoch, dass die kleinen bisher unversorgten Ortschaften unserer Gemeinde, dessen Ausbau mit den Bundesfördermitteln über den Hochsauerlandkreis erfolgt, im kommenden Jahr mit FTTH ausgebaut werden.

Zur Erinnerung: Die Abkürzung FTTH bedeutet „Fibre to the home“, d.h. die Daten werden über eine Glasfaserleitung direkt zum Haus übertragen und nicht mehr über die alte Telefonleitung aus Kupfer. Diese ist den modernen Ansprüchen an die Datenübertragung nicht mehr gewachsen. Mit in diesem Ausbauprogramm ist auch das Gewerbegebiet „Wiemecker Feld“ und „Alfert“. Wir hatten den Ausbau der Gewerbegebiete bereits in diesem Jahr erwartet, aufgrund bürokratischer und regulatorischer Hemmnisse war dieser nach Aussage des Kreises jedoch leider nicht mehr möglich.

Die Kerngebiete unserer Gemeinde mit Velmede-Bestwig, Ostwig und Nuttlar sowie dem Valmetal gelten als versorgt, da hier das Fernseekabel-Netz von Unitymedia ausgebaut ist. Zwar wird es in 2019 auch für die nicht über einen Kabelanschluss verfügenden Gebäude Verbesserungen durch den VDSL-Ausbau

(VDSL=Very High Speed Digital Subscriber Line) geben, allerdings ist diese Technik technisch bereits überholt und langfristig nicht zukunftsfähig. Das erklärte Ziel der Bundesregierung ist daher ein flächendeckender FTTH-Ausbau bis zum Jahr 2025 in ganz Deutschland, also nicht nur in den Ballungszentren. Daher bleibt es Ziel der CDU-Fraktion, bei Straßenausbaumaßnahmen dafür zu sorgen, dass Leerrohre für einen späteren Ausbau mit FTTH bis an die Grundstücke mitverlegt werden. Dafür sind wieder 20.000 € Planungskosten sowie 80.000 € Ausbaukosten im Haushalt vorgesehen. In diesem Zusammenhang appelliere ich an die betroffenen Grundstückseigentümer, diese Angebote zur Leerrohrverlegung zu nutzen, um nicht den Anschluss an die Zukunft mit den negativen Folgen für den Wert ihre Immobilie zu verlieren.

In der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wurde deutlich, dass die SPD-Fraktion den Haushaltsentwurf auch so mittragen würde, wenn auf den Ansatz für den Radwegausbau „Halden Ostwig“ seitens der CDU-Fraktion verzichtet würde.

Hierzu möchte ich nochmals unsere Position untermauern. Der RuhrtalRadweg ist der beliebteste Radweg in NRW und im deutschlandweiten Ranking laut dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club ADFC an dritter Stelle. Jede am RuhrtalRadweg gelegene Gemeinde profitiert von diesem Weg und hilft mit, die Wegeführung so attraktiv wie möglich zu gestalten. Diesem Ziel kommen wir mit einer möglichen Verlegung über die favorisierte Trasse deutlich näher als mit der bestehenden Wegeführung entlang der B7. Eine mögliche Führung über die Schildstraße in Ostwig ist mit ihrem starken Gefälle und den einmündenden Straßen ebenfalls gefährlich und daher für uns keine Alternative. Unsere und auch durch den Ruhrtalradwegverein sowie des RVR (Regionalverband Ruhr) favorisierte Route entlang dem Schieferstollen samt dem bereits bestehenden Rastplatz mit den Infotafeln sowie der direkten Nähe zur Ruhr erfüllt alle gewünschten Kriterien für eine attraktive und sichere Wegeführung.

Uns ist bewusst, dass der Ansatz für die gemeindliche Eigenbeteiligung mit 195.000 € für unsere kleine Gemeinde nicht unerheblich ist, aber dieser Ansatz bildet die Gewähr für einer Realisierung im kommenden Jahr. Es handelt sich derzeit um einen Haushaltsansatz, nicht mehr und nicht weniger. Eine Entscheidung über die Bauausführung mit einer wassergebundenen oder asphaltierten Decke und damit die endgültige Höhe der Eigenbeteiligung bleibt einem weiteren Beschluss des Rates vorbehalten. Auch sind noch Absprachen und Verträge mit den betroffenen Grundeigentümern zu treffen, die aufgrund der gleichzeitigen Nutzung als Wirtschaftsweg ebenfalls ihre berechtigten Interessen einbringen werden. Je nach Ausbauvariante und Ergebnis der Ausschreibungen soll dieser Betrag natürlich wenn irgend möglich deutlich reduziert werden. Wir beantragen daher eine zeitnah anzusetzende Ortsbesichtigung für Rats- und Ausschussmitglieder sowie interessierte Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam mit Fachleuten, bei der wir uns über die Vor- und Nachteile verschiedener Ausbauvarianten zur Vorbereitung einer Präferenz informieren können.

Aus den genannten Gründen werden wir dieses wichtige Projekt also nicht für einen einstimmigen Haushaltsbeschluss opfern.

Über die Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge haben wir heute bereits beschlossen. Die für 2019 veranschlagten Mittel für den Straßenausbau nach dem KAG sollen wie bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 5. Dezember besprochen trotzdem im Haushalt verbleiben. Bis zu einer endgültigen Entscheidung durch das Land soll jedoch nicht damit begonnen werden, um bestehende Rechtsunsicherheiten zu vermeiden. Dies betrifft die Maßnahmen „Am Loh“ in Ostwig sowie „Zum Knüll“ in Berlar.

Kinder und Jugendarbeit ist für uns als CDU-Fraktion eine Herzensangelegenheit.

Gerade die Arbeit der vielen Ehrenamtlichen in unserer Gemeinde hilft, die geistigen, körperlichen und sozialen Kompetenzen unserer Kinder und Jugendlichen zu fördern. Ein weiterer Baustein zur Unterstützung der Vereine war in diesem Jahr die Änderung der Sportförderrichtlinien mit dem Ziel, Vereine mit intensiver Kinder- und Jugendarbeit finanziell verstärkt zu unterstützen. Bei unserem Antrag konnten wir uns auch auf die Unterstützung der SPD-Fraktion verlassen, hierfür noch nachträglich mein herzlicher Dank an unsere Kolleginnen und Kollegen.

Lassen Sie mich nachfolgend noch einige Sätze zum Haushaltssicherungskonzept verlieren. Es ist Bestandteil dieses Haushaltsplans, durch das wir zwingend verpflichtet sind, spätestens im Jahr 2025 wieder einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Schaffen wir das nicht, geht es mit allen negativen Folgen wie der Aufgabe unserer Handlungsfreiheit sowie Steuererhöhungen in einen fremdbestimmten Nothaushalt, den wir uns in Bestwig sicherlich nicht wünschen können.

Die jährliche Fortschreibung unseres Haushaltssicherungskonzepts mit aktualisierten Korrekturfaktoren zeigt, dass ein Erfolg möglich ist und somit unser Haushaltssicherungskonzept auch weiterhin genehmigungsfähig ist. Wir dürfen unsere Augen jedoch nicht vor den Risiken der kommenden Jahre verschließen. Die wirtschaftliche Entwicklung könnte sich nach den vergangenen Boom-Jahren schnell wieder verschlechtern. Das könnte unsere Gemeinde mit zurückgehenden Einnahmen an Umsatz- und Einkommensteueranteilen und auf der anderen Seite mit steigenden Ausgaben im Sozialbereich treffen. Dieses Szenario ist bei der älter werdenden Gesellschaft mit immer mehr Rentnerinnen und Rentnern bei gleichzeitig sinkenden Einwohnerzahlen im ländlichen Raum sogar wahrscheinlich. Über diese realen Risiken hinaus bestehen in turbulenten Zeiten wie diesen noch viele weitere. Ich nenne hier nur einige: - Sich von europäischen Regeln abwendende EU-Staaten, dem möglicherweise ungeordneten Brexit oder dem Protektionismus der USA sind ganz reale Gefahren für die Verschlechterung der Rahmenbedingungen, die ganz konkret auch exportgetriebene Firmen in Bestwig betreffen können.

Wir alle hoffen, dass diese Befürchtungen nicht zur Realität werden, dennoch sollten wir uns so gut wie möglich zumindest auf die erstgenannten Risiken vorbereiten. Laut dem Bericht der Kommunalaufsicht weisen unsere Haushalte nach Bereinigung der jährlichen Schwankungen strukturelle Defizite auf. Große Einsparpotentiale im Haushalt werden laut Haushaltsentwurf außer der Kürzung freiwilliger Leistungen nicht im nennenswerten Umfang gesehen. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass die Erträge zur Deckung steigender Aufwendungen erhöht werden müssten. Für uns steht da als einzige Möglichkeit nur eine Erhöhung von gemeindlichen Steuern bis zum wichtigen Jahr 2025 zur Wahl. Aufgrund des interkommunalen Wettbewerbs erscheinen bei den Gewerbesteuern jedoch keine großen Potenziale mehr möglich. Durch weitere Erhöhungen der Hunde- oder Vergnügungssteuer lassen sich nicht die erforderlichen Beträge generieren. Daher würde dies zum überwiegenden Teil die Grundstückseigentümer über die Grundsteuer treffen.

Aus meiner persönlichen Sicht sehe ich wie bereits seit einigen Jahren unter anderem einen Hebel in der verstärkten Forcierung der Digitalisierung mit den sich daraus ergebenden Möglichkeiten zu mittel- und langfristigen Kosteneinsparungen. Auf Beispiele wie die Ausweitung der interkommunalen Zusammenarbeit auch auf Kernbereiche der Verwaltung erfolgen kann, habe ich in den vergangenen Jahren immer wieder hingewiesen und werde es auch weiter tun. Das vom Hochsauerlandkreis geforderte und in 2019 einzuführende Dokument-Management-System (kurz DMS) für das Jobcenter ist ein erster Schritt in diese Richtung, sollte nach meinem Verständnis schnellstmöglich auch in den anderen Bereichen der Verwaltung eingeführt werden. Das DMS ist die Voraussetzung zur

weiteren Nutzung von Synergien.

Die Gemeindeprüfungsanstalt hat da in ihrem aktuellen Prüfbericht noch andere Ideen, die für uns nicht neu, aber alles andere als populär sind. Auch damit müssen wir uns als Ratsmitglieder beschäftigen. Vorgeschlagen wird zum Beispiel der Verkauf oder die Übertragung der nicht mehr für den Schulsport benötigten Turnhalle in Ostwig, die Erhebung von Benutzungsgebühren für gemeindliche Sportanlagen oder die Erhöhung der Eigenkapitalverzinsung im Abwasserbereich mit der Folge einer Erhöhung der Abwassergebühren. Wollen wir das wirklich?

Ich möchte hier jedoch nicht schwarzmalen oder die vorweihnachtliche Stimmung verderben. Vielmehr möchte ich unser Augenmerk verstärkt auf die mittelfristigen Herausforderungen richten: fraktionsübergreifend und gemeinsam mit der Verwaltung.

Ich bin überzeugt, dass wir die anstehenden Herausforderungen meistern können. Als gutes Beispiel gibt es in unseren vielen Vereinen, im sozialen Bereich, der Kultur oder der freiwilligen Feuerwehr viele engagierte Menschen, die trotz aller Schwierigkeiten immer wieder Wege finden, das Leben in unserer Gemeinde mit ihrem vielfältigen Angeboten so vielfältig zu gestalten.

In diesem Sinne wünsche ich auch uns den entsprechenden Weitblick und den Mut zu notwendigen Veränderungen.

Gleichzeitig möchte ich mich im Namen der CDU-Fraktion bei Bürgermeister Ralf Péus sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung wieder für die hervorragende Leistung des nun fast abgelaufenen Jahres bedanken.

Genauso gilt mein Dank der SPD-Fraktion für die faire und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Auch bei Meinungsverschiedenheiten, die zweifelsfrei zur politischen Auseinandersetzung gehören, blieb es immer sachlich und zielorientiert. Wenn das auch in der großen Politik immer so wäre ...

Ich wünsche ihnen allen besinnliche Festtage und uns gemeinsam im kommenden Jahr viel Erfolg bei unserer Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde

Vielen Dank fürs Zuhören“

Sodann nimmt der **Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Ratsmitglied Paul Theo Sommer**, zur Haushaltssatzung und zu den Anlagen Stellung. Er hält folgende Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die finanzielle Situation der Gemeinde Bestwig ist weiterhin kritisch. Der Bürgermeister hat am 21. November einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der im Ergebnisplan Aufwendungen in Höhe von 22,573 Mio. € und Erträge in Höhe von 20,145 Mio. € prognostiziert. Das bedeutet einen Fehlbetrag in Höhe von ca. 2,427 Mio. €, eine für den Bestwiger Gemeindehaushalt sehr hohe Summe.

Aktuell (Stand 17.12.) hat sich der Fehlbetrag um 303.720 € reduziert. Das liegt in erster Linie an etwa 160.000 € weniger Kreis- und Jugendamtsumlage und 145.000 € mehr beim Gemeindeanteil an der Einkommen- bzw. Umsatzsteuer. Nach dieser 1. Veränderungsliste des Kämmers haben wir einen Fehlbedarf in Höhe von ca. 2,123 Mio. €, also immer noch eine sehr hohe Summe.

Wir sind weiterhin in der Haushaltssicherung. In der nun vierten Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes können wir den Haushaltsausgleich 2025 darstellen. Um das weiterhin zu gewährleisten, haben wir der Konsolidierungsmaßnahme, eine leichte Erhöhung der Hebesätze bei Grundsteuern und Gewerbesteuer in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zugestimmt.

Mit dieser Zustimmung wollen wir negative finanzielle Auswirkungen vermeiden, weil auch immer die Gefahr, in einen Nothaushalt zu geraten, wie ein Damoklesschwert über uns schwebt. Diese Erhöhungen sind moderat und für die Bürger zumutbar.

Der Zwischenbericht zum Haushalt 2018 ist dagegen erfreulich. Wir können mit einem Überschuss in Höhe von rund 600.000 € rechnen. Das liegt in erster Linie an einem sehr deutlichen Plus von 2 Mio. € bei der Gewerbesteuer.

Wir haben in diesem Jahr eine neue Vokabel gelernt, abundant. Das bedeutet „Überfluss“, „Reichtum“, „mehr als genug“. und dann ein Fehlbetrag in Höhe von 2,1 Mio. €. Hat der Kämmerer das Rechnen verlernt?

Hat er nicht! Das alles hat mit der Systematik des Haushaltsrechts zu tun.

Im Referenzzeitraum 01.07.2017 bis 30.06.2018 hatten wir eine Steuerkraft, also Steuereinnahmen, wie noch nie, eine Steigerung in Höhe von 25,68 %, kreisweit deutlich an der Spitze.

Diese hohe Steuerkraft bedeutet: keine Schlüsselzuweisungen und ein Mehr an Kreis- und Jugendamtsumlage, zusammen ca. 1,65 Mio. €, die im Haushalt 2019 fehlen und deshalb zu einem satten Minus führen. Denn die Gewerbesteuererinnahmen bleiben ja, seriös vom Kämmerer gerechnet, nicht auf dem hohen Niveau wie zuletzt, sondern werden etwa 6,1 Mio. € betragen.

Einmalzahlungen und Nachzahlungen aus Vorjahren, die in den 2018 zu erwartenden etwa 8 Mio. € Gewerbesteuererinnahmen enthalten sind, werden in den Folgejahren nicht fließen. Das tatsächliche Aufkommen an laufender Gewerbesteuer für das Jahr 2018 beläuft sich auf 6,2 Mio. €, deshalb ist der gebildete Ansatz von 6,1 Mio. € für 2019 realistisch und seriös.

Es wäre ja wirklich schön, wenn die hohe Steuerkraft so blieb. Dann brauchten wir tatsächlich keine Schlüsselzuweisungen und unser Haushalt wäre im Plus.

Aber das ist nicht zu erwarten und wir müssen mit dieser für Bestwig nicht gerade idealen Systematik des Haushaltsrechts leben.

Bei vielen Ausgaben handelt es sich wie jedes Jahr um Pflichtausgaben, die wir nicht beeinflussen können.

Der dickste Brocken ist wieder die Kreis- und Jugendamtsumlage. Obwohl die Hebesätze gesenkt wurden, müssen wir wieder mehr bezahlen als im letzten Jahr, fast 400.000 € (393.877 €). Auch das hat mit unserer Steuerkraft zu tun, der neben dem Wegfall der Schlüsselzuweisungen zweite Effekt dieser hohen Steuerkraft im Referenzzeitraum. Erfreulich, dass der Kreis nach den aktuellen Zahlen etwas weniger als ursprünglich geplant von Bestwig verlangt. Aber eins gilt immer noch: Die Kurve der Zahlungen an den Hochsauerlandkreis kennt wieder nur eine Richtung: Steil nach oben.

Erfreulich für die Bürger und Bürgerinnen sind die überwiegend stabilen Gebühren.

Bei Friedhofsgebühren gibt es teilweise Gebührensenkungen, teilweise Steigerungen. Das trägt in erster Linie der sich ändernden Bestattungskultur Rechnung. Der Trend geht in Richtung Urnenbeisetzungen und pflegeleichte bzw. pflegefreie Gräber. Die Änderung der Bestattungskultur bedeutet auch, dass ein Friedwald als Bestattungsalternative im Gemeindegebiet angeboten werden muss. Das ist

für Bestwig auf den Weg gebracht und im Haushalt 2019 berücksichtigt. Das war für die SPD-Fraktion ein besonderes Anliegen und wir freuen uns, dass es nun umgesetzt wird.

Nun einige Anmerkungen zu Investitionspositionen im Haushalt 2019.

Maßnahmen am Franz-Hoffmeister-Schulzentrum.

Hier profitieren wir von Fördergeldern, ohne die wir nicht in der Lage wären, die teils sehr hohen Investitionen zu schultern. Für Barrierefreiheit zu sorgen und einen Aufzug einzubauen kostet 370.000 €, notwendige Differenzierungsräume anzulegen 155.000 €. Das sind nur zwei Beispiele wie teuer es ist, ein modernes Schulzentrum anzubieten. Wenn wir das nicht tun, laufen uns die Schüler davon und wir können unser Schulzentrum schließen. Also sehr sinnvoll angelegtes Geld.

Grundschulen

Hier Investitionen in interaktive Tafeln und Glasfaseranschlüssen. Schon bei unseren jüngsten Schülern gilt es, digitale Kompetenz zu vermitteln. Die Zeit der Kreidetafeln ist vorbei. Aber der Wechsel kostet. Auch hier, sinnvoll angelegtes Geld.

Sportstätten

Es ist richtig, die Kosten für die Renovation der Tennendeckschichten der Sportplätze Ramsbeck und Bestwig zunächst auf den Prüfstand zu stellen. Hier ist der Fachausschuss in der Pflicht, im Rahmen der Fortschreibung des Sportstättenkonzepts zu einer für die Sportvereine zufriedenstellenden Lösung zu gelangen. Eventuell helfen hier Fördermittel.

Vereine

Wir sind auch weiterhin in der Lage die Bestwiger Vereine, ich denke beispielsweise an die Schützenbruderschaften, finanziell zu unterstützen. Das ist so ein Punkt, wo es wichtig ist, auch in Zukunft handlungsfähig zu bleiben, und nicht in einen Nothaushalt zu geraten. Dann wäre es vorbei mit diesen freiwilligen Leistungen.

Feuerwehr

Investitionen in unsere Feuerwehr sind und bleiben selbstverständlich. Bei der Ersatzbeschaffung der Fahrzeuge sind wir immer im sechsstelligen Eurobereich. Aber die Investitionen sind alternativlos, um die Einsatzfähigkeit unserer freiwilligen Feuerwehr zu behalten.

Sauerländer Besucherbergwerk

Auch diese Ausgaben, insgesamt 105.000 €, sind alternativlos, ist doch das Bergwerk eine wichtige Einrichtung in unserer Gemeinde, bekannt weit über die Gemeindegrenzen hinaus und ein Anziehungspunkt.

Die beiden Leaderprojekte „Stellwerkgebäude am Bestwiger Bahnhof“ und „Aus-sichtsplattform Plästerlegge“, die wir im letzten Jahr auf den Weg gebracht haben, sind noch nicht umgesetzt. Aber ich denke hier gilt ... Gut Ding will Weile haben ... Es bleibt dabei ... für Bestwig eine gute Sache ... wir müssen nur Geduld haben. Es dauert eben, solch ambitionierte Projekte umzusetzen.

Der als Leadermaßnahme neu aufgeführte Outdoor -FitnessPark ist eine gute Idee und sollte konkretisiert werden.

Ob diese drei Maßnahmen, wie von der CDU-Fraktion vorgeschlagen, in einer Haushaltsposition zusammengefasst werden sollten, ist für uns fraglich. Es ist doch übersichtlicher, die drei Projekte weiterhin einzeln zu behandeln. Eine erforderliche Nachsteuerung ist im Einzelfall sicherlich immer möglich.

Der Ansatz von 34.000 € für kleinere IKEK-Maßnahmen wird von unserer Fraktion ausdrücklich begrüßt. Die je 2.000 € je Ortschaft und Ortsteil sind eine Wertschätzung gegenüber den Bürgern, die sich bei den zahlreichen Veranstaltungen des integrierten kommunalen Entwicklungskonzeptes konstruktiv eingebracht haben.

Bei den Renaturierungsmaßnahmen wird wieder viel Geld eingesetzt. Aber diese Ausgaben mit einer Landeszuwendung von 90 % sind sinnvoll. Hiervon profitieren die Bestwiger Bürger und unsere Natur gleichermaßen.

Ein Wort zur Windkraft. Seit 2015 arbeiten wir an der 4. Änderung unseres Flächennutzungsplanes um weitere Windvorrangflächen als Konzentrationszonen für die Errichtung von Windenergieanlagen im Bestwiger Gemeindegebiet auszuweisen. Im Haushalt 2019 sind 55.000 € Planungskosten aufgeführt.

Es geht also weiter, nachdem bei diesem Thema zuletzt etwas Ruhe eingekkehrt war. Das wurde im Rat bzw. Ausschuss nicht bedauert. Die Beschäftigung mit diesem komplexen Thema ist wahrlich kein Vergnügen.

Fahrradboxen am Bahnhof Bestwig

Die CDU-Fraktion möchte 20.000 € für die Anschaffung von abschließbaren Fahrradboxen im Bereich des Bahnhofs im Haushalt aufnehmen.

Hier nehme ich Bezug auf einen Vermerk unseres Bauamtes vom 12. Dezember, in dem unter Ziffer 4 auf die Förderung von Radabstellanlagen eingegangen wird. Nach den ersten verwaltungsmäßigen Recherchen tritt die entsprechende Kommunalrichtlinie, nach der eine 40%-Förderung möglich ist, zum 01.01.2019 in Kraft. Hiernach werden nur Sammelschließanlagen mit mindestens 10 Stellplätzen gefördert. Da gemäß Kommunalrichtlinie die Mindestzuwendung 10.000 € beträgt (bei 40%-Förderung beträgt der Mindesteigenanteil von 60 % dann 15.000 €) beläuft sich somit die Gesamtsumme auf mindestens 25.000 €. Die Kosten für eine Fahrradtrommel für 10 Fahrräder liegen bei ca. 5.000 €. Bei einem Mindestvolumen von 25.000 € müssten somit mindestens 5 Boxen mit Abstellmöglichkeiten für mindestens 50 Fahrräder angeschafft werden. Die Benutzer zahlen eine Miete und erhalten einen Schlüssel. Die Benutzer einer Trommel sollten sich kennen und einander vertrauen. Für eine Trommel muss eine Tiefe von 2 m und eine Breite von 7 m berücksichtigt werden.

Passt das alles für Bestwiger Verhältnisse? Wir haben da erhebliche Zweifel. Nicht ignorieren sollte man auch die Aussage von Mescheder Stadt-Mitarbeitern.ich zitiere „Hätten wir gewusst, dass wir mit den Boxen so viel Theater bekommen (schließen nicht...klemmen...) hätten wir von vorne herein die normalen Bügel eingebaut.“

Für uns bedeutet das, dass wir die Finger von solchen Fahrradtrommeln lassen sollten. Zum einen ist Ärger vorprogrammiert...zum anderen bestehen erhebliche Zweifel, ob der Bedarf (Trommeln für 50 Fahrräder) überhaupt gegeben ist. Die SPD-Fraktion ist deshalb gegen diese beantragte Haushaltsposition.

Straßenunterhaltungsmaßnahmen

Für diese Haushaltsposition zusammen 361.000 € einzusetzen, und damit deutlich gegenüber dem Vorjahr aufzustocken, ist richtig. Ist doch unser gemeindliches Straßennetz an vielen Stellen marode und sanierungsbedürftig.

Die Verbesserung der Verkehrssituation am Bahnübergang Nuttlar, Kirchstraße West, ist dringend geboten und in der Vergangenheit von uns wiederholt angemahnt worden.

KAG-Maßnahmen

Der heute eingebrachte Resolutionsantrag zum Wegfall von Straßenausbaubeiträgen nach § 8 KAG wird von der SPD-Fraktion unterstützt.

Wir freuen uns, dass wir damit gemeinsam die Volksinitiative des Bundes der Steuerzahler und die Gesetzesinitiative der SPD-Landtagsfraktion unterstützen.

Die Beitragsforderungen sind insbesondere für junge Familien, Geringverdiener, Alleinstehende oder Rentner kaum oder nicht zu finanzieren und bringen viele Beitragspflichtige in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. Für sie ist die derzeitige Beitragserhebungspraxis zum Teil existenzgefährdend, da sich einige eine Kreditfinanzierung nicht leisten können oder keinen Kredit erhalten. Die derzeitige Rechtsanwendung des KAG berücksichtigt nicht die persönliche und wirtschaftliche Situation der Bürger. Um die Bürger von den Straßenausbaubeiträgen zu entlasten hat die SPD-Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, mit dem die Straßenausbaubeiträge abgeschafft und die Kosten hierfür durch das Land übernommen werden sollen. Das würde den Landeshaushalt mit etwa 125 Millionen Euro belasten. Sicherlich machbar!

In der ersten Lesung im Landtag haben sich jedoch CDU, FDP und auch die Grünen gegen dieses Gesetz ausgesprochen. Stattdessen möchten CDU und FDP den Kommunen freistellen, ob sie Straßenausbaubeiträge erheben oder nicht. Dies ist für die Kommunen die schlechteste aller Lösungen; führt dies doch dazu, dass arme Kommunen Beiträge erheben müssen, reiche Kommunen hierauf verzichten können. Auch muss es eine Gerechtigkeit geben, was bereits abgerechnete Maßnahmen betrifft.

Um Druck auf die Landesregierung zu machen, ist es besonders wichtig, dass CDU-Fraktionen in den Kommunalparlamenten die Volksinitiative unterstützen. Auch die Bestwiger CDU-Fraktion muss auf ihre Landtagsabgeordneten einwirken, damit diese Volksinitiative erfolgreich ist.

Die beiden Bestwiger KAG-Maßnahmen, die im Haushalt 2019 aufgeführt sind, sollten dort verbleiben und auf Eis gelegt werden.

Es ist wichtig, dass bei diesem Thema so schnell wie möglich eine endgültige Entscheidung kommt. Es darf nicht dazu kommen, dass hier in Bestwig bei unseren vielen maroden Straßen nichts geschieht und konkrete Planungen nicht stattfinden. Ebenfalls ist wichtig, dass bei der großen Verunsicherung, die zurzeit herrscht, schnellstmöglich Rechtssicherheit für die Bürger und Bürgerinnen geschaffen wird; müssen doch auch in Bestwig noch KAG-Beiträge bei bereits durchgeführten Sanierungsmaßnahmen abgerechnet werden.

Ob in unserer Verwaltung eventuell Personalkapazitäten freiwerden, kann auch erst nach einer endgültigen Entscheidung in Düsseldorf beantwortet werden.

Verlegung des RuhrtalRadweges

Das Thema beschäftigt uns seit 2014. Zunächst wurde eine 100%-Förderung mit Bundesmitteln angestrebt. Der Gemeinde wurde dazu mitgeteilt, „dass eine 100%-Förderung in diesem Fall ausgeschlossen sei, da parallel zu der gewünschten Trasse bereits ein Radstreifen direkt an der B 7 besteht“ (hier zitiere ich aus einem Vermerk des Bauamtes vom 5.12.2017).

Erste Schätzungen 2014 ergaben eine Gesamtsumme in Höhe von 200.000 €. 2018 waren diese Kosten nach Schätzungen eines Ingenieurbüros auf 540.000 € explodiert. Eigenanteil der Gemeinde: 195.000 €, bei realistisch zu erwartenden Kostensteigerungen also ca. 200.000 €.

2,1 Mio. € Fehlbedarf im Haushalt, 200.000 € - Ausgabe für die Verlegung eines Radweges; vielen Bürgern nicht zu vermitteln.

Es ist auch kein Radweg für den Bestwiger Alltag. Fahrten zur Arbeit, in die Schule oder zum Einkaufen finden auf diesem Weg nicht statt. Dieser Weg dient in erster Linie dem durchradelnden Touristen.

Aber kann es die Aufgabe einer Kommune in der Haushaltssicherung sein, die Verlegung eines überregionalen Radweges zu finanzieren?

Die SPD-Fraktion sagt hierzu klar nein.

Wir respektieren den Wunsch der CDU-Fraktion, diese Verlegung des Radweges aus Gründen der Tourismusförderung umzusetzen. Aber für uns ist das einfach zu viel Geld.

Ich komme zum Fazit meiner Ausführungen.

Wie wir ja schon im Haupt- und Finanzausschuss geäußert haben, stimmt die SPD-Fraktion dem vorgelegten Haushaltsentwurf nicht zu.

Knackpunkt ist für uns die Ausgabe für die Verlegung des Radweges.

Es bleibt mir noch, mich -auch im Namen der gesamten SPD-Fraktion- bei Bürgermeister Ralf Péus und Kämmerer Klaus Kohlmann für die gute Zusammenarbeit zu bedanken.

Danke sagen wir auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rathaus für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr.

Und auch Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion und Pirat Julius Hahn (in Abwesenheit) sage ich Dankeschön für die Zusammenarbeit. Es war fast immer möglich, sich, nicht nur hier im Rathaus, sondern auch außerhalb dieses Hauses bei vielen Gelegenheiten sachlich und menschlich vernünftig zu begegnen.

Ich wünsche Ihnen allen eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr 2019.

Danke für die Aufmerksamkeit!"

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Ratsmitglied Winfried Gerold, führt zur Thematik der „abschließbaren Fahrradboxen“ aus, dass es diverse Systeme an Fahrradboxen gibt. In Bestwig werden keine „Massenboxen“ benötigt. Es gibt sicherlich die Möglichkeit, mit kleineren Einheiten (z.B. 5 Boxen) zu beginnen. Ob – und welche Fördermöglichkeiten bestehen, sei noch zu klären.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Ratsmitglied Paul Theo Sommer, zweifelt nicht am vorliegendem Vermerk des Bau- und Umweltamtes sowie dem Zitat aus der Mescheder Verwaltung. Sollten neue Informationen vorliegen, könnte diese Thematik erneut in der Fraktion beraten werden.

Bürgermeister Ralf Péus stellt fest, dass die Fraktionen beim Thema „Verlegung des RuhrtalRadweges“ auseinander liegen. Auf Nachfrage des Bürgermeisters teilt der **Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Ratsmitglied Paul Theo Sommer** mit, dass keine Einzelabstimmung über Themenbereiche gewünscht wird.

Sodann ergeht folgender Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Bestwig beschließt die Haushaltssatzung 2019 der Gemeinde Bestwig mit ihren Anlagen und die Vierte Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2019 in der am 05.11.2018

aufgestellten und bestätigten Fassung und unter Berücksichtigung der der Verw.-Vorlage Nr. 084/2018 beigefügten 1. Veränderungsliste 2019.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen

(Eine Ausfertigung der Haushaltssatzung wird dem Protokollbuch als Anlage beigefügt.)

Die Richtigkeit des Auszuges wird hiermit beglaubigt. Gleichzeitig wird bescheinigt, dass zur Sitzung unter Mitteilung der Tagesordnung vorschriftsmäßig eingeladen worden ist.

Bestwig, den 21.12.2018



Der Bürgermeister

Im Auftrag:

Hilgenloos